

Niederschrift

über die Sitzung
der Konferenz Alter und Pflege
am Dienstag, **09.04.2024**, 15:00 Uhr – 17:30 Uhr,
Festsaal, 1. Etage, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:
siehe Anwesenheitsliste (**Anlage 1**)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. **Festsetzung der Tagesordnung - Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**
2. **Eingänge und Mitteilungen**
3. **Antrag auf Mitgliedschaft der Pflegekammer NRW**
4. **Ombudspersonen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz**
5. **Aktuelle Entwicklungen bei den ambulanten Pflege-Wohngemeinschaften**
- 5.1. Vorstellung einer neuen Pflege-Wohngemeinschaft vom Träger: Cathamed Pflege GmbH
6. **Tätigkeitsbericht 2021-2022 der Kommunalen Qualitätssicherung Teilhabe und Pflege (Heimaufsicht)**
7. **Umfrage "Pflege und Unterstützung im Alter" - Vorstellung erster Ergebnisse**
8. **Entlastung bei der Pflege Zuhause - Information des Regionalbüros Alter, Pflege und Demenz**
9. **Landesberichterstattung Gesundheitsfachberufe des Landes NRW**
10. **Digitale Unterstützung bei der Suche nach einem Pflegedienst - Matching-Plattform ambulante Pflege**
11. **Verschiedenes**

Punkt 1 der Tagesordnung**Festsetzung der Tagesordnung - Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**

Frau Wilkens begrüßte die Anwesenden und eröffnete die 73. Sitzung der Konferenz Alter und Pflege. Die Niederschrift der Sitzung am 05.09.2023 wurde genehmigt und die Tagesordnung einvernehmlich festgesetzt.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Änderungen bei den Mitgliedern und den Vertretungen**

Frau Wilkens berichtete über Änderungen der Mitgliedschaften und Stellvertretungen in der Konferenz Alter und Pflege. In der letzten Sitzung sei das „Regionalbüro Münster und das westliche Münsterland“ aufgenommen worden. Herr Drerup übernehme die Mitgliedschaft und Frau Hoffmann-Landwehr die Stellvertretung. Als Vertretung der niedergelassenen Ärzte werden Frau Dr. Engelbertz-von Eiff als Mitglied und Herr Dr. Oen als Stellvertretung teilnehmen. Die ambulante Pflege werde vertreten durch das Mitglied Frau Duesmann und Herrn Dudziak als Stellvertreter. Für die Gruppe der Menschen mit geistiger Behinderung, vertreten durch die Regionalkonferenz zur Weiterentwicklung der Lebenswelten von Menschen mit geistiger Behinderung in Münster, nehme Herr Heitmann als Mitglied und Herr Siebers als Stellvertreter teil. Die FDP habe Herrn Moths als Mitglied und Herrn Adlhoch als Stellvertretung entsandt.

Katastrophenschutzbedarfsplan der Stadt Münster

Frau Wilkens informierte über zwei Online-Termine im Kontext der Erstellung eines kommunalen Katastrophenschutzbedarfsplans mit dem Fokus auf Einrichtungen der Pflege und Eingliederungshilfe. In den Gesprächen mit dem beauftragten Gutachterbüro sei die Resilienz, Vulnerabilität sowie die eigene Betroffenheit in Bezug auf verschiedene Schadensszenarien wie beispielsweise Starkregen, Stromausfall oder langanhaltende Hitze thematisiert worden. Im zweiten Schritt werde aus der Analyse der örtlichen Gegebenheiten und der Risikopotenziale ein Soll abgeleitet. Frau Wilkens bedankte sich bei den beteiligten Pflegeeinrichtungen für die Teilnahme und Mitwirkung.

Ausschreibung des Bedarfs an 101 zusätzlichen vollstationären Pflegeplätzen

Frau Wilkens berichtete, dass die Ausschreibung der zusätzlichen vollstationären Pflegeplätze am 25.01.2024 im 2. Amtsblatt erfolgt sei. Trägerinnen und Träger, die Interesse an der Schaffung eines Anteils der ausgeschriebenen Plätze haben, seien aufgefordert, sich bis zum 30.04.2024 über das Vergabeportal des Landes NRW zu bewerben. Übersteigen die eingegangenen Interessensbekundungen die 101 Plätze, erfolge eine Auswahl nach festgelegten Auswahlkriterien zum Standort, Zeitplan, Träger und Konzept. Die Konferenz werde nach Abschluss des Verfahrens über das Ergebnis der Ausschreibung informiert.

Arbeitsgruppe: Geschlossene Unterbringung in der Altenpflege

Frau Wilkens informierte über ein Treffen zum Thema „Geschlossene Plätze in der Altenpflege“ am 18.01.2024. Es habe ein Austausch mit den Trägern der drei Pflegeeinrichtungen, die einen geschlossenen Bereich vorhalten, Vertreterinnen und Vertretern von Kliniken (LWL und Alexianer), den Ansprechpartnerinnen des LWL und der Pflegekassen für den Bereich der Pflege-satzverhandlungen sowie der Kommune stattgefunden. Es sei festgestellt worden, dass der Bedarf an geschlossener Unterbringung weiter ansteigt und die Kapazitäten bereits jetzt nicht ausreichen, um insbesondere Menschen mit psychischen Erkrankungen bzw. neurologischen Veränderungen und schweren Verhaltensstörungen bedarfsgerecht zu versorgen. Aus Sicht der Träger wäre eine deutlich bessere räumliche und personelle Ausstattung der geschlossenen Angebote erforderlich, um perspektivisch die bestehende Platzzahl auch nur aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig sei deutlich geworden, dass zunächst Grundsatzentscheidungen auf Landesebene abzuwarten sind, bevor entsprechende Einzelverhandlungen geführt werden können. Die

Vertreterinnen des LWL und der Pflegekassen seien aufgefordert, die Inhalte der geführten Diskussion in die Verhandlungen auf Landesebene mit einzubringen. Eine Ausweitung der Platzzahl werde derzeit aufgrund der schwierigen Refinanzierungsbedingungen und der extrem hohen Anforderungen an das Personal, als unrealistisch erachtet. Hierzu bräuchte es deutliche Anreize. Das Thema solle weiterverfolgt und bei Entwicklungen erneut aufgegriffen werden. Ein Lösungsweg zeichne sich aktuell leider nicht ab.

Herr Watermeyer ergänzte, dass die Personalschlüssel für die geschlossene Unterbringung bis heute nicht verhandelt wurden. Die Träger müssten weiterhin in Vorleistung gehen, ohne Sicherheiten zu einer auskömmlichen Refinanzierung. Bisher gäbe es keine Auskunft von den Beteiligten der Pflegesatzverhandlungen dazu, wann mit den Verhandlungen zu rechnen sei.

Aktionsplan LSBTIQ*

In dem Prozess zur Erarbeitung des kommunalen Aktionsplans LSBTIQ* durch das Amt für Gleichstellung sei die Arbeitsgruppe „Selbstbestimmtes Älterwerden und Pflege“ gegründet worden. Wer Interesse an einer Mitarbeit habe, könne sich gerne bei Frau Schulte-Sienbeck melden, die an der Arbeitsgruppe teilnehme und den Kontakt zur Kollegin im Amt für Gleichstellung vermitteln könne.

Starke Pflege Münster

Frau Wilkens erzählte von einer öffentlichen Veranstaltung der „Starken Pflege in Münster“ am 25.01.2024, ein pflegepolitisches Hintergrundgespräch mit einem 360-Grad-Blick auf die Pflege. Neben Frau Klein-Schmeink, Bundestagsabgeordnete der Grünen, und Frau Vogler, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linken, habe sie, als Vertreterin der Kommune, teilgenommen. Die Akteure aus der Pflege hätten über die aktuelle Situation in der Altenpflege informiert und die Politikerinnen befragt. Die Schilderungen aus der Praxis seien sehr konkret gewesen. Es sei eine gelungene Veranstaltung mit ehrlichen Worten und großer Resonanz gewesen. Besonders hob Frau Wilkens die gelungene Atmosphäre, in der diskutiert wurde, hervor. Herr Watermeyer ergänzte, dass die Vereinsgründung der „Starken Pflege in Münster“ abgeschlossen sei.

Außerdem informierte Herr Watermeyer über die Eröffnung der neuen Tagespflege Kirschgarten der Diakonie Münster in Handorf zum 02.04.2024 mit 13 Plätzen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag auf Mitgliedschaft der Pflegekammer NRW

Frau Wilkens begrüßte Herrn Ratzki, Vertreter der Kammerversammlung, der sich anschließend kurz vorstellte.

Nach Abstimmung wurde der Antrag auf Mitgliedschaft der Pflegekammer NRW mit einer Enthaltung angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Ombudspersonen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz

Frau Edler und Herr Viehoff-Heidhorn stellten sich und ihre Aufgaben als Ombudspersonen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz Nordrhein-Westfalen (WTG NRW) vor (**Anlagen 2 und 3**).

Punkt 5 der Tagesordnung**Aktuelle Entwicklungen bei den ambulanten Pflege-Wohngemeinschaften**

Frau Schulte-Sienbeck gab einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der ambulanten Pflege-Wohngemeinschaften. Die Platzzahlen seien in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen und lägen aktuell bei 309 Plätzen in 30 Pflege-Wohngemeinschaften von insgesamt 11 Trägern.

Aktuell gerate das Modell in eine Schieflage, insbesondere kleine Wohngemeinschaften mit weniger als 12 Plätzen stünden vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. In diesem Jahr werde es daher auch zu Schließungen kommen. Aktuell würden die Pflege-Wohngemeinschaften der Caritas in Nienberge (2x7 Plätze) geschlossen, bis Mitte April hätten bereits alle Bewohnerinnen und Bewohner einen neuen Platz gefunden. Im November 2024 werden dann auch die Pflege-Wohngemeinschaften der Diakonie in der Schulstraße (8 und 10 Plätze) ihren Betrieb einstellen. Diese Bewohnerinnen und Bewohner erhielten das Angebot, in die neue Pflege-Wohngemeinschaft des Lydia-Zentrums in Nienberge umzuziehen. Darüber hinaus seien weitere Neueröffnungen geplant, von Cathamed (12 Plätze), dem Grünen Weiler (9 Plätze in einer selbstverantworteten WG) und dem Pflegeboten (2x8 Plätze).

Pflege-Wohngemeinschaften seien nicht als eigene Versorgungsform im SGB XI verortet, sondern zählten zu den ambulanten Angeboten. Die Finanzierung erfolge über die Mietkosten, Haushaltspauschalen, Betreuungspauschalen und die Leistungen nach dem SGB V und SGB XI für die Grund- und Behandlungspflege. Die Betreuungspauschale, die einen großen Teil der Kosten ausmache, werde zwischen dem Träger und der Kommune verhandelt. In Münster erfolge dies als reine Betreuungspauschale in Abhängigkeit zu dem Punktwert des ambulanten Dienstes, welcher mit den Pflegekassen verhandelt werde. Die aktuellen Vereinbarungen liefen zum 31.12.2024 aus, so dass die Kommune mit den Trägern der ambulanten Pflege-Wohngemeinschaften in Verhandlungen eintreten werde. Frau Schulte-Sienbeck machte deutlich, dass die Betreuungspauschalen bereits jetzt ein sehr hohes Niveau hätten. Die Kosten für einen Platz in einer ambulanten Pflege-Wohngemeinschaft (abhängig vom Pflegegrad) würden die Kosten eines Platzes in der stationären Pflege zum Teil deutlich übersteigen. Dies sei zum einen auf die Kostensteigerungen insgesamt zurückzuführen, zum anderen auf Regelungen, die auf Bundesebene beschlossen worden seien, wie der Leistungszuschlag in der stationären Pflege nach Verweildauer der Bewohnerinnen und Bewohner. Kostensteigerungen müssten von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst getragen werden. Bei geringem Einkommen und fehlendem Vermögen übernehme das Sozialamt die Kosten. Es sei wichtig im Blick zu behalten, was vertretbar sei, damit die Pflege-Wohngemeinschaften auch weiterhin am Markt bestehen könnten. Im Vergleich zu Münster setzten viele Kommunen auf eine kombinierte Pflege- und Betreuungspauschale, es gebe jedoch kein einheitliches Vorgehen. Aktuell gebe es noch keine Vorstellung für ein alternatives Finanzierungsmodell. Auf Bundesebene seien im Koalitionsvertrag neue Rahmenbedingungen für diese besondere Wohnform in Aussicht gestellt worden. Eine Umsetzung sei jedoch bisher nicht in Aussicht.

Herr Watermeyer erläuterte die Hintergründe der Schließung der Schulstraße. Er ergänzte, dass es in Münster aufgrund der hohen Grundstückskosten kaum möglich sei, die Mieten bei neuen Projekten im Bereich der sozialhilferechtlich angemessenen Kosten zu halten. Die Finanzierung dieser Wohn- und Betreuungsform sei ein großes Problem.

Auf Nachfrage von Frau Brinker-Meyendriesch erläuterte Frau Wilkens, dass die Politik bisher kein auskömmliches Finanzierungsmodell für die Pflege-Wohngemeinschaften gefunden habe. Das Problem sei erkannt, siehe Koalitionsvertrag der Bundesregierung, aber bisher nicht umgesetzt worden.

Herr Wölter bekräftigte den Nutzen der Pflege-Wohngemeinschaften in der Versorgung und berichtete, dass über die Pflegeresolution des Rates die aktuellen Schwierigkeiten an die Lan-

des- und Bundesebene weitergetragen worden seien.

Herr Wirbelauer betonte, dass nicht die Versorgungsform wichtig sei, sondern dass grundsätzlich Konzepte benötigt werden, die eine Versorgungssicherheit in Wohnortnähe ermöglichen. Träger benötigten Sicherheit und eine Planbarkeit um Personalakquise und Personalbindung zu betreiben.

Frau Fuhrmann fragte an, inwieweit freie Plätze in den Einrichtungen und ambulanten Pflege-WGs erfasst würden. Frau Schulte-Sienbeck berichtete, dass eine Abfrage im Rahmen der Pflegebedarfsplanung quartalsweise erfolge.

Punkt 5.1 der Tagesordnung

Vorstellung einer neuen Pflege-Wohngemeinschaft vom Träger: Cathamed Pflege GmbH

Herr Eickelpasch berichtete von dem Neubau an der Grevener Straße, in dem Cathamed ab dem 1.10.2024 eine neue anbietersverantwortete Pflege-Wohngemeinschaft betreiben wird (**Anlage 4**).

Auf Nachfrage ergänzte er, dass für die Wohngemeinschaft ein festes Team mit verschiedenen Professionen zur Pflege, Betreuung und hauswirtschaftlicher Versorgung eingesetzt werde. Zum Hitzeschutz erläuterte er, dass der Träger bereits gute Erfahrungen mit dem KfW 40 Standard gemacht hätte.

Frau Arnkens-Homann übernahm an dieser Stelle den Vorsitz der Sitzung von Frau Wilkens, die sich aufgrund von Anschlussterminen verabschieden musste.

Punkt 6 der Tagesordnung

Tätigkeitsbericht 2021-2022 der Kommunalen Qualitätssicherung Teilhabe und Pflege (Heimaufsicht)

Frau Möllering gab einen kurzen Einblick in die Ergebnisse des Tätigkeitsberichtes 2021-2022 der kommunalen Qualitätssicherung Pflege und Teilhabe (Heimaufsicht) (**Anlage 5**).

Punkt 7 der Tagesordnung

Umfrage "Pflege und Unterstützung im Alter" - Vorstellung erster Ergebnisse

Frau Stritzke stellte, gemeinsam mit Frau Dr. Knausenberger von der kommunalen Statistikdienststelle, erste Ergebnisse der Umfrage „Pflege und Unterstützung im Alter“ vor (**Anlage 6**). Die Arbeitsgruppe der Konferenz, die bereits bei der Entwicklung der Fragestellungen beteiligt war, werde in einem nächsten Schritt zur intensiveren Beratung eingeladen. Weitere Mitglieder, die sich an der Auswertung beteiligen möchten, sollten sich direkt an Frau Stritzke wenden.

Frau Dr. Knausenberger erläuterte auf Nachfrage, dass eine Auswertung von einzelnen Antworten nach weiteren Kriterien oder Subgruppen davon abhängig sei, wie groß die Fallzahlen innerhalb einer Antwortkategorie seien.

Punkt 8 der Tagesordnung

Entlastung bei der Pflege Zuhause - Information des Regionalbüros Alter, Pflege und Demenz

Herr Drerup stellte die Aufgaben des Regionalbüros Münster und das westliche Münsterland, insbesondere mit Blick auf die Entlastungsmöglichkeiten für pflegende An- und Zugehörige, vor (**Anlage 7**).

Auf Nachfrage erläuterte Herr Drerup, dass die Entlastungsangebote keine pflegerischen Tätigkeiten beinhalten würden. Es sei eine zusätzliche niedrigschwellige Unterstützung für pflegebedürftige Personen. Es gehe vorrangig um Kontaktangebote, Begleitungen, die Unterstützung von Teilhabe an der Gesellschaft durch zusätzliche Mobilität und hauswirtschaftliche Tätigkeiten. Herr Wölter betonte, dass diese Unterstützung besonders vor dem Hintergrund einer sinkenden Anzahl von pflegenden Angehörigen deutlich an Bedeutung gewinnen werde.

Punkt 9 der Tagesordnung	Landesberichterstattung Gesundheitsfachberufe des Landes NRW
---------------------------------	---

Frau Stritzke stellte zentrale Ergebnisse aus der Regionalkonferenz für den Regierungsbezirk Münster zur Landesberichterstattung Gesundheitsfachberufe des Landes NRW vor (**Anlage 8 - Folien 20-22, 24-25, 29, 31, 34, 37-38**).

Punkt 10 der Tagesordnung	Digitale Unterstützung bei der Suche nach einem Pflegedienst - Matching-Plattform ambulante Pflege
----------------------------------	---

Frau Stritzke gab einen Einblick in die Umsetzung des Projektes „Matching-Plattform ambulante Pflege“ (**Anlage 9**).

Die Matching-Plattform sei ein zusätzlicher Zugang zu ambulanten Pflegeleistungen. Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, den pflegerischen Bedarf auf der Homepage des Infobüros Pflege in ein Formular einzugeben. Die vorab registrierten ambulanten Pflegedienste können die Bedarfe einsehen und Kontakt aufnehmen, um die ambulante Versorgung zu organisieren. Der Zeitplan sehe eine Veröffentlichung im Herbst 2024 vor.

Punkt 11 der Tagesordnung	Verschiedenes
----------------------------------	----------------------

Herr Wirbelauer kritisierte den Umgang mit Arbeitskräften mit Migrationshintergrund in Bezug auf die Vergabe der Aufenthaltserlaubnis und nannte dazu zwei Fallbeispiele. Für die Betroffenen bedeute dies unsichere und schwierige Wartezeiten und in den Einrichtungen würden die dringend benötigten Arbeitskräfte ausfallen. Gleichzeitig stünden die Arbeitgeber weiterhin aufgrund der verzögerten Abschlüsse der Vergütungsvereinbarungen unter großem finanziellen Druck.

Herr Watermeyer bekräftigte die Aussagen von Herrn Wirbelauer und stellte in Aussicht, dass die „Starke Pflege in Münster“ zu dem Thema eine Veranstaltung planen werde und dazu u.a. die Bezirksregierung und die Ausländerbehörde einladen möchte.

Herr Wölter bat die Beteiligten um eine schriftliche Darstellung der aktuellen Schwierigkeiten, um diese an die Landesregierung/an die Landespolitik zu adressieren.

gez.

Cornelia Wilkens
Vorsitz

gez.

Dagmar Arnkens-Homann
stell. Vorsitz

gez.

Karin Stritzke
Schriftführung